

## Protokoll der 64. Gemeinderatssitzung vom 18. Januar 2011

---

Anwesend Rainer Beck  
Claudio Lübbig  
Christian Beck  
Monika Stahl  
Daniel Schierscher  
Horst Meier  
Günther Jehle

Zu 2011/495  
und 496 Thomas Meier, Gemeindebauverwaltung

---

### 2011/493 Protokoll der 63. Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember 2010

---

Das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember 2010 wurde im Zirkularverfahren einstimmig genehmigt.

---

### 2011/494 Auftragsvergabe Holzschlagarbeiten 2011 Projekt „Waldrand im Dorfgebiet“

---

**Sachverhalt** Mit Gemeinderatsbeschluss 2010/450 vom 19. Oktober 2010 hat der Gemeinderat einen Kredit von CHF 160'000 für die Holzschlag- und Aufräumarbeiten auf den Gemeindeparzellen für das Projekt „Waldrand im Dorfgebiet“ genehmigt und in das Investitionsbudget 2011 aufgenommen. Davon entfallen rund CHF 80'000 auf die Holzschlagarbeiten. Mit Gemeinderatsbeschluss 2010/477 vom 30. November 2010 wurde die seit zwei Jahren bestehende Vereinbarung zur Zusammenarbeit mit der Gemeinde Schaan betreffend der Waldbewirtschaftung verlängert. Der Schaaner Gemeindeförster ist zudem Mitglied der Projektgruppe „Waldrand im Dorfgebiet“ und war bei den Begehungen dabei. Es bietet sich somit an, die Holzschlagarbeiten an diesen Forstbetrieb zu vergeben, zudem sind die Stundenansätze geringer gegenüber Drittanbietern. Die Arbeiten werden je nach Witterungsverhältnissen anfangs Januar 2011 beginnen. Sie umfassen neben den noch auszuführenden Holzschlagarbeiten im Dorfgebiet auch den Waldrand in Oberplanken.

**Beschluss** Der Gemeinderat beschliesst einstimmig, die Holzschlagarbeiten 2011 für das Projekt „Waldrand im Dorfgebiet“ in Höhe von CHF 80'000 an den Forstbetrieb der Gemeinde Schaan zu vergeben.

---

**2011/495** **Genehmigung Detailprojekt Löschwasserreserve und Neugestaltung Grillplatz Oberplanken**

---

**Sachverhalt** Mit Gemeinderatsbeschluss 2010/457 vom 9. November 2010 wurde ein Kredit in Höhe von CHF 105'000.00 für die Erstellung einer Löschwasserreserve sowie die Neugestaltung des Grillplatzes in Oberplanken genehmigt und ins Investitionsbudget 2011 aufgenommen. Zwischenzeitlich liegt das Detailprojekt zur Genehmigung durch den Gemeinderat vor. Bei einem Brandfall in Oberplanken steht heute der Feuerwehr nicht genügend Löschwasser für den Ersteinsatz zur Verfügung. Durch das fehlende Löschwasser ist die Feuerwehr in der wichtigsten Brandbekämpfungsphase handlungsunfähig. Mit der Anlegung einer Löschwasserreserve von 40'000 Litern (40 m<sup>3</sup>) kann dieser Umstand beseitigt werden. Der Löschwasservorrat dient als Überbrückungsmenge bis die notwendigen Transportleitungen von der öffentlichen Wasserversorgung Planken nach Oberplanken aufgebaut sind. Mit der Erstellung der Löschwasserreserve wird gleichzeitig der bestehende Grillplatz neu gestaltet. Der Kostenvoranschlag des Detailprojektes liegt bei CHF 105'000.00 inkl. MwSt. Das Detailprojekt hat sich gegenüber dem Vorprojekt nur unwesentlich verändert, die budgetierten Kosten verändern sich dadurch nicht.

Die Brandschutz-, Feuerwehr- und Zivilschutzkommission hat das Detailprojekt behandelt und begrüsst es bzw. schlägt es dem Gemeinderat zur Genehmigung vor. Nach Genehmigung durch den Gemeinderat können die Ausschreibungen für die Arbeitsvergaben durchgeführt werden.

**Beschluss** Der Gemeinderat beschliesst mehrheitlich, dieses Traktandum auf die nächste Sitzung des Gemeinderates zu verschieben. Der Feuerwehrkommandant soll dazu eingeladen werden. 4:3

---

**2011/496** **Genehmigung Detailprojekt naturnaher Weiher Oberplanken**

---

**Sachverhalt** Mit Gemeinderatsbeschluss 2010/458 vom 9. November 2010 wurde ein Kredit in Höhe von CHF 80'000.00 für die Erstellung eines naturnahen Weihers in Oberplanken genehmigt und ins Investitionsbudget 2011 aufgenommen. Zwischen-

zeitlich liegt das Detailprojekt zur Genehmigung durch den Gemeinderat vor. Der Kostenvoranschlag des Detailprojektes liegt bei CHF 83'000.00 inkl. MwSt. Nach Genehmigung des Detailprojektes durch den Gemeinderat können die weiteren Schritte eingeleitet werden. Dies sind die Einreichung des Gesuches „Eingriff in Natur und Landschaft“ bei der Regierung, die Einreichung eines Baugesuches (Terrainveränderung) beim Hochbauamt sowie die Ausschreibungen für die Arbeitsvergaben.

**Beschluss** Der Gemeinderat beschliesst mehrheitlich, dieses Traktandum auf die nächste Sitzung des Gemeinderates zu verschieben. Das Baugesuch soll trotzdem eingereicht werden. 4:3

---

**2011/497      Sternsinger 2011**

---

**Sachverhalt** Am 5. und 6. Januar 2011 waren in Planken vier Sternsingergruppen unterwegs und segneten alle Häuser und Wohnungen. Die Sternsinger haben in diesem Jahr einen Betrag von CHF 7'282.00 bei der Plankner Einwohnerschaft gesammelt. Der Betrag wird zur Hälfte für das von Stefan und Kathi Biedermann betreute Projekt „Wohngemeinschaft Hogar de Maria in Pasto, Kolumbien“ sowie für die „Inlandhilfe der Caritas“ in Liechtenstein verwendet.

In der „Wohngemeinschaft Hogar de Maria in Pasto, Kolumbien“ werden junge Frauen betreut und unterstützt, die nicht mehr in einem öffentlichen Kinderheim wohnen können. Die vor einigen Jahren eingerichtete und von unseren Sternsingern mitfinanzierte Kindertagesstätte ermöglicht vielen jungen Müttern, ihren erlernten Berufen nachzugehen. Die Caritas in Liechtenstein unterstützt Leute in Liechtenstein, welche finanzielle Probleme durch geringen Lohn oder Arbeitslosigkeit haben.

**Beschluss** Der Gemeinderat beschliesst einstimmig, den in der Gemeinde Planken gesammelten Betrag von CHF 7'282.00 zu verdoppeln.

---

**2011/498      Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Schaffung eines Gesetzes über den elektronischen Geschäftsverkehr mit Behörden (E-Government-Gesetz; E-GovG)**

---

**Sachverhalt** Der vorliegende Vernehmlassungsbericht befasst sich mit dem Thema des elektronischen Geschäftsverkehrs mit der Verwaltung. Mit dem E-Government-Gesetz

(E-GovG) und weiteren Teilrevisionen wird die gesetzliche Grundlage für die elektronische Verwaltung ausgebaut – vom elektronischen Ausweis für die eindeutige elektronische Identifikation über die elektronische Kommunikation der Behörden mit Bürgern und zwischen den Behörden bis hin zur Möglichkeit der elektronischen Aktenführung.

In der Konzeption wurden die Gegebenheiten und aktuellen Fragestellungen aus dem liechtensteinischen E-Government-Bereich sowie die zahlreichen Erfahrungen aus Europa berücksichtigt. Liechtenstein erhält damit eines der modernsten E-Government-Gesetze Europas.

**Beschluss** Der Gemeinderat beschliesst einstimmig, den Vernehmlassungsbericht zur Kenntnis zu nehmen und keine Stellungnahme abzugeben.

---

**2011/499 Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Teilrevision des Feuerwehrgesetzes**

---

**Sachverhalt** Das geltende Feuerwehrgesetz vom 16. Mai 1990, LGBl. 1990 Nr. 43, entspricht in einigen Punkten nicht mehr den heutigen Anforderungen eines modernen Feuerwehrgesetzes. Aufgrund der Revisionsbedürftigkeit hat eine von der Regierung eingesetzte Arbeitsgruppe das geltende Feuerwehrgesetz auf den aktuellen Änderungsbedarf hin überprüft. In dieser Arbeitsgruppe wirkte auch Gemeindevorsteher Rainer Beck und zwei weitere Vorsteher als Vertreter der Gemeinden mit. Im Zuge dieser Überprüfung ist die vorgeschlagene Teilrevision ausgearbeitet worden. In dieser Vorlage werden mehrere Bestimmungen im Bereich der Aufgaben und der Organisation der Feuerwehr, der Verleihung von Dienstgraden, der Aufgaben der Feuerwehrkommission und des Feuerwehrkommandanten, des Übungsdienstes, der Inspektion, der Kommandoverhältnisse auf dem Schadenplatz und der Finanzierung von Dienstleistungen der Feuerwehr den heutigen Erfordernissen angepasst.

Schwerpunkt der Vorlage bildet die Neuregelung der Feuerwehreinsatzpläne. Es ist vorgesehen, dass in Bezug auf neue Bauten und Anlagen das Hochbauamt im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens prüft, ob ein Feuerwehreinsatzplan erforderlich ist. Dabei ist die Mitwirkung des örtlichen Feuerwehrkommandanten vorgesehen. Für bestehende Bauten und Anlagen soll die Feuerwehrkommission der Gemeinde beurteilen, ob ein Feuerwehreinsatzplan erforderlich ist. Feuerwehreinsatzpläne sind für alle Bauten und Anlagen notwendig, die ein besonderes Gefährdungspotential (z.B. Personenbelegung, Art und Grösse von Bauten

und Anlagen oder Betrieben, Lagerung von gefährlichen Stoffen, etc.) aufweisen. Dies ist in Planken bisher einzig beim Schulzentrum aufgrund des hohen Personenaufkommens der Fall.

Die Brandschutz-, Feuerwehr- und Zivilschutzkommission hat die Vorlage beraten und empfiehlt dem Gemeinderat die vollumfängliche Zustimmung.

**Beschluss** Der Gemeinderat beschliesst einstimmig, den Vernehmlassungsbericht zur Kenntnis zu nehmen und den vorgeschlagenen Anpassungen vollumfänglich zuzustimmen.

---

**2011/500 Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Schaffung eines Gesetzes über das Zentrale Personenregister (ZPRG)**

---

**Sachverhalt** Der vorliegende Vernehmlassungsbericht befasst sich mit dem Thema der zentralen Personenverwaltung oder neu des „Zentralen Personenregisters“ der Liechtensteinischen Landesverwaltung. Mit dem vorliegenden Entwurf wird die gesetzliche Basis für das seit Ende der neunziger Jahre betriebene Personenregister geschaffen. Über die Jahre wurden die Funktionalitäten und Daten fortlaufend ergänzt und ausgebaut, sodass eine gesetzliche Grundlage für den Betrieb aus datenschutzrechtlichen Gründen notwendig wurde. Die Details zum Betrieb, den Daten und Verantwortlichkeiten sind im Entwurf festgehalten. Weiters wird die gesetzliche Basis für die Nutzung der Persönlichen Identifikationsnummer (PEID) gelegt, die in vielen Bereichen der Verwaltung bereits eingesetzt wird.

**Beschluss** Der Gemeinderat beschliesst einstimmig, den Vernehmlassungsbericht zur Kenntnis zu nehmen und keine Stellungnahme abzugeben.